

Jahresmedienkonferenz 2011

Montag, 10. Januar 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Klimapolitik: Die Wirtschaft ist die Lösung, nicht das Problem!

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

An der Weltklimakonferenz in Cancun wurden erste Fortschritte erzielt, um die Klimapolitik nach 2012 – respektive nach der ersten Periode des Kyoto-Protokolls – zu deblockieren. Insbesondere wurde das Ziel der Beschränkung der Erd-Erwärmung um 2 Grad Celsius bis 2100 als gemeinsame Grundlage festgelegt. Dennoch fehlt nach wie vor ein internationaler Rechtsrahmen, der hilft, global spürbar Emissionen zu senken und Ressourcen zu schonen. Nach wie vor gilt es, für ein globales Problem eine globale Lösung zu finden. Matchentscheidend ist dabei, dass grosse Emittenten wie China und die USA verbindlich mitmachen. China und die USA sind bereits heute für 40 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Nach den neusten Prognosen der Internationalen Energieagentur IEA dürfte ihr Anteil im Jahr 2020 rund 45 Prozent betragen. Nur ein internationales Abkommen kann eine globale Wirtschaftsordnung sicherstellen, die keine schädlichen Wettbewerbsverzerrungen verursacht und das gravierende „Carbon Leakage“-Problem in Grenzen hält. Denn ohne ein solches „Global Level Playing Field“ wandert die industrielle Produktion in „schmutzige“, weniger restriktive Länder ab, und in Ländern mit einer strengen Umweltgesetzgebung gehen Arbeitsplätze verloren. Eine solche Entwicklung wäre sowohl ökologisch wie ökonomisch nicht zu verantworten.

International gesehen lässt sich die Leistung der Schweiz in der Klima- und Umweltpolitik sehen. Das Erfolgsmodell Schweiz beruht nicht zuletzt auf den freiwilligen und innovativen Massnahmen der Wirtschaft. In der Umweltpolitik finden z.B. Initiativen der Wirtschaft im Recycling-Bereich für PET, Glasabfuhr oder IT-Geräte internationale Beachtung. In der Klimapolitik gehören wir nicht nur zu den Industrienationen mit dem verhältnismässig tiefsten CO₂-Austoss, sondern auch zur Gruppe, die auf dem besten Weg ist, ihre Kyoto-Protokoll-Verpflichtungen wirklich zu erfüllen. So hat die Schweizer Wirtschaft 2010 einmal mehr ihren massgeblichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz verstärkt. Die Wirtschaft ist praktisch allein auf dem Weg – dank den existierenden freiwilligen Massnahmen der Energie-Agentur der Wirtschaft, der Stiftung Klimarappen und der Vereinbarung im Zementbereich –, das Kyoto-Ziel unseres Landes zu erreichen und über Erwartungen insgesamt rund 4 von den verlangten 5

Millionen Tonnen CO₂ einzusparen. So hat z.B. die Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) 2010 erstmals die Grenze von 1 Mio. CO₂-Reduktion dank 2000 Unternehmen überschritten. Das ist der Erfolgsausweis der Wirtschaft.

Wir wollen uns aber nicht auf den bisherigen Leistungen ausruhen, sondern in die Zukunft blicken und uns weiterhin für ökologisch und ökonomisch sinnvolle Lösungen einsetzen. Deshalb haben wir uns öffentlich mit einem Klimaappell dazu bekannt, das CO₂-Gesetz zu verlängern und auch künftig die bisherige erfolgreiche Klimapolitik fortzuführen. Damit stellen wir uns hinter die Stossrichtung des Bundesrats, die wir als realistisch und nachhaltig erachten. Wichtig ist, dass wir uns am 20-Prozent-Senkungsziel der europäischen Union orientieren und einen Mix aus Massnahmen im Inland und im Ausland realisieren. Nur so kann für ein globales Problem eine nachhaltige, das heisst eine ökologische und ökonomisch sinnvolle Politik realisiert werden.

Bei der Weiterentwicklung der schweizerischen Klimapolitik im Rahmen des CO₂-Gesetzes lauern jedoch vier Gefahren, die das bisherige, lösungsorientierte Erfolgsmodell der Schweiz ins Wanken bringen könnten:

1. Das Festlegen von Alleingängen, die nicht an den vorhandenen internationalen Rahmen anknüpfen und deshalb zu ökonomisch wie auch ökologisch kontraproduktiven Ergebnissen führen. Diese reelle Gefahr besteht z.B. bei der sogenannten Klima-Volksinitiative.
2. Die ausschliessliche Fokussierung der Gesetzgebung auf Inlandmassnahmen. Damit wird der globale Aspekt des Problems mit seinen Exportchancen für den schweizerischen Cleantech-Bereich völlig ausgeblendet, und es entsteht eine Entsolidarisierung (Projekte in Entwicklungsländern könnten nicht mehr unterstützt werden). Dies wiederum schadet der internationalen Akzeptanz der Klimapolitik. Flexible, sinnvolle und ökonomisch kostengünstige Auslandmassnahmen werden verhindert.
3. Es drohen schädliche staatliche Zwangsmassnahmen. Dies würde den bisherigen Erfolg der freiwilligen Massnahmen gefährden.
4. Massive staatliche Subventionen „à la Landwirtschaft“ zu Gunsten vermeintlich „klimafreundlicher“ Wirtschaftszweige und ein Abstrafen von emissions- und energieintensiven Sektoren würden zu einem Auseinanderdividieren der Wirtschaft führen. Dies ist extrem kontraproduktiv. Wandern diese Unternehmen ins Ausland ab, müssen deren Güter wieder reimportiert werden – für die Umweltpolitik ein massiver Rückschlag.

Statt künstliche Gegensätze zwischen Klima und Wirtschaft oder zwischen „guten“ und „schlechten“ Branchen zu schaffen, sind wir der festen Überzeugung, dass weiterhin grosse Reduktionspotenziale auf einem freiwilligen, innovations- und marktwirtschaftlich-basierten Ansatz möglich sind und dass sich für die Schweizer Wirtschaft im Bereich Cleantech – allen voran in der Exportwirtschaft – grosse Chancen ergeben. Deshalb haben wir eine entsprechende Studie lanciert. Eine solche Analyse ist notwendig, denn die bisher gemachten Studien greifen oft zu kurz, weil sie auf gewisse Technologien, spezielle Branchen oder schlicht auf subventionsbedürftige Unternehmen fokussieren. Für uns ist deshalb entscheidend, dass Cleantech nicht nur einige wenige Unternehmen umfasst, sondern Cleantech muss vielmehr ganzheitlich die Vernetzung von Unternehmen aller Sektoren, der Dienstleistungen und der Industrie herstellen. Nur so kann es gelingen, mittels Cleantech aus der Schweiz eine echte „Green Economy“ zu machen. Und dies sollte unser Ziel sein.

Die Ergebnisse der Studie dürften im Verlauf des Jahres vorliegen. Dann wird sich zeigen, wo die grossen, ungenutzten Potenziale in der Schweizer Wirtschaft liegen. Auf der Basis der Analyse werden wir im Herbst eine „Cleantech-Strategie der Wirtschaft“ präsentieren. Cleantech ist eine Chance für die ganze Wirtschaft. Insbesondere dann, wenn es gelingt, die energieintensiven Unternehmen einzubinden und deren Emissionen und Ressourcennutzung – so wie zum Beispiel bei der Zementindustrie – auf der Basis von Innovationen massiv zu senken und gleichzeitig ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Aus all diesen Gründen setzen wir für 2011 bewusst einen Schwerpunkt auf Green Economy. Wir wollen damit einen Dialog über die Chancen der Technologien und Dienstleistungen der Schweizer Wirtschaft im globalen Kontext in Gang setzen und einer verfehlten Überregulierung vorbeugen. In Klima- und Umweltfragen ist die Schweizer Wirtschaft nicht das Problem, sondern die Lösung!